

Neue Entspannungspolitik,
JETZT!

Détente NOW!
Политика разрядки, НЕМЕДЛЕННО!

Antikriegstag 2017

Dokumentation



Foto: Wolfgang Biermann

Kundgebung zur Erinnerung an den Beginn des 2. Weltkrieges

am Freitag, 1. September 2017, von 16 bis 18 Uhr
vor dem Brandenburger Tor, Berlin

Eine gemeinsame Veranstaltung von
Initiative Neue Entspannungspolitik, JETZT!
NaturFreunde Deutschlands, IPPNW Deutschland, ICAN Germany,
DGB Berlin-Brandenburg, ver.di Berlin/Brandenburg,
IG Metall Berlin-Brandenburg-Sachsen
und GEW Landesverband Berlin



Inhalt:

Aufruf zur Kundgebung	3
Grußworte	4
von Michail Gorbatschow, Michael Müller, Reiner Hoffmann, Markus Dröge, Phyllis Bennis, Doro Zinke, Ray McGovern, Alex Rosen, Doreen Siebernik, Elsa Rassbach, Martin Schulz, Henning Scherf	
Erklärung des Deutschen Gewerkschaftsbundes	8
zum Antikriegstag, 1. September 2017	
Redebeiträge:	
Frank Bsirske, Ver.di-Bundesvorsitzender	9
Ulrike Trautwein, Generalsuperintendentin	14
im Sprengel Berlin der EKBO	
Laura von Wimmersperg, Berliner Friedenskoordination	16
Michael Müller, Vorsitzender der NaturFreunde Deutschlands	20
Alex Rosen, Vorsitzender der deutschen Sektion	22
der Ärzte für die Verhütung des Atomkriegs (IPPNW)	
Linksammlung	28

Impressum:

Herausgeber: Initiative »Neue Entspannungspolitik JETZT!«

info@neue-entspannungspolitik.berlin

V.i.S.d.P. und Ansprechpartner in Deutschland: Burkhard Zimmermann: burkhard.z@t-online.de

Ansprechpartner in USA: Barbara Jentzsch: zuluki@centurylink.net

Layout: Steffen Wilbrandt, Berlin - Fotos: wie angegeben

© 2017 · Alle Rechte bei den Autoren

Aufruf:

Die Initiative „Neue Entspannungspolitik JETZT!“ veranstaltet – gemeinsam mit den NaturFreunden, den Friedensorganisationen IPPNW und ICAN, sowie mit den Gewerkschaften DGB Berlin-Brandenburg, ver.di Berlin/Brandenburg, IG-Metall Berlin-Brandenburg-Sachsen und GEW-Berlin – eine Kundgebung zur Erinnerung an den Beginn des 2. Weltkrieges. Der Krieg begann am 1. September 1939, vor nunmehr 78 Jahren, mit dem Überfall Hitlerdeutschlands auf Polen.

Auf der Bühne werden sich u.a. folgende VertreterInnen der Zivilgesellschaft zu Wort melden:

- Frank Bsirske, Ver.di-Vorsitzender und Mitinitiator von „Entspannungspolitik JETZT!“
- Ulrike Trautwein, Generalsuperintendentin des Sprengels Berlin der Evangelischen Kirche Berlin-Brandenburg / schlesische Oberlausitz
- Laura von Wimmersperg, Moderatorin der Berliner Friedenskoordination
- Michael Müller, Vorsitzender der NaturFreunde Deutschlands
- Dr. Alex Rosen, Vorsitzender der IPPNW Deutschland

Künstlerische Begleitung:

- Bente Kahan, norwegische jüdische Künstlerin und Sängerin aus Wroclaw/Breslau.

Sie wollen mit ihren Reden und künstlerischen Beiträgen die unzähligen Opfer von Krieg und Faschismus würdigen und gemeinsam für die Zusammenarbeit über alle Partei- und Landesgrenzen eintreten, damit der Horror von Krieg, Hass und Vergeltung in Europa nie wieder passiert.

Die Veranstalter stimmen mit dem DGB-Vorsitzenden und Mitbegründer der Initiative, Reiner Hoffmann, überein: „Nur durch eine neue Entspannungspolitik mit Russland und den anderen internationalen Akteuren kann das Bomben und Töten und die weitere Konfrontation gestoppt werden.“ Die Hauptbotschaft der Veranstaltung ist die Forderung nach einer neuen Entspannungspolitik JETZT!

Wir laden Sie herzlich zu der Veranstaltung am 1. September 2017, und würden uns sehr über Verbreitung des beiliegenden Flugblattes freuen. Weitere Informationen erhalten Sie von den Organisatoren bzw. von den Unterzeichnern dieser Mitteilung über die unten genannten Mailadressen.

Für die Initiative „Neue Entspannungspolitik JETZT!“
gez. Peter Brandt, Michael Müller, Uwe Hicksch, Wolfgang Biermann,
Barbara Jentzsch, Burkhard Zimmermann

Grussworte

an die Initiative „Neue Entspannungspolitik JETZT!“
zum Anti-Kriegstag am 1. September 2017

Michail Gorbatschow:

Grußwort an Teilnehmer der Kundgebung „Neue Entspannungspolitik JETZT!“
am Brandenburger Tor am 1. September 2017

Die Beziehungen zwischen Russland und dem Westen haben einen alarmierenden Tiefpunkt erreicht. In einigen Bereichen ist das Wettrüsten wieder in vollem Gange. Mehr Truppen und schwere Waffen, darunter Panzer und gepanzerte Fahrzeuge, werden in Europa stationiert.

Alle Zeichen deuten auf einen neuen Kalten Krieg. Wir dürfen nicht aufhören, uns dieser neuen Runde von Spannungen und Konfrontation zu widersetzen. Die Diplomatie von unten zwischen den Völkern eine starke Zivilgesellschaft sind jetzt besonders notwendig. Wir müssen aktiv werden und fordern, dass die Politiker und Führer unserer Länder den ernsthaften Dialog wieder aufnehmen.

Michael Müller, Regierender Bürgermeister von Berlin:

Frieden ist nur über Dialog möglich:

Wir erleben derzeit eine Inflation von Anschlägen, Drohungen und ein Verschwinden der Diplomatie. Trotz berechtigter Angst und Sorge darf uns dies nicht sprachlos machen. Wir brauchen das Gespräch mit Freunden und Partnern, aber auch mit denen, die uns einschüchtern wollen. Wir brauchen die Diplomatie. Wir sind zu großem Dank verpflichtet, dass unsere Freunde in Europa uns diesen Dialog nach dem Zweiten Weltkrieg nicht verwehrt haben.

Am 1. September 1939 hat Deutschland Polen überfallen und die Welt in den Krieg gestürzt. Es reicht nicht, sich allein an dieses grausame Verbrechen zu erinnern. Um den Frieden zu sichern, müssen wir dem Hass und dem Machtstreben Einzelner entschlossen entgegenzutreten und stetig für Freiheit, Toleranz und unsere demokratischen Werte werben.“

Reiner Hoffmann,

Bundesvorsitzender des DGB, Mitinitiator des Aufrufs

„Neue Entspannungspolitik JETZT!“:

Wir leben aktuell in einer Zeit der extremen Unsicherheit, in der die altbekannten Muster und Strukturen zu zerbrechen drohen. Wenn nicht jetzt, wann sonst sollten wir aktiv werden und ein besonnenes politisches Handeln in Deutschland, Europa, den USA und in der Welt einfordern?

Die breite gesellschaftliche und überparteiliche Debatte über Entspannungspolitik ist notwendiger denn je, um zu helfen, durch Zusammenarbeit aller „Großmächte“ die Krisen und Konflikte zu bewältigen und die brutalen Stellvertreterkriege zu stoppen.

Gerade weil die Gewerkschaften überparteilich, aber im wahrsten Sinne ‚Friedenspartei‘ sind, habe ich mich, ebenso wie mein Kollege Frank Bsirske von ver.di, dafür entschieden, der Initiativgruppe für „Entspannungspolitik JETZT!“ beizutreten.

**Markus Dröge, Bischof der Evangelischen Kirche
Berlin-Brandenburg-schlesische Oberlausitz.**

Wir brauchen dringend Visionen des Friedens, des gerechten Friedens. Ein Herz, das liebt, braucht einen Verstand der hoffnungsvoll nach vorne blicken kann. So fängt der Frieden bei uns selbst an. In der Bergpredigt heißt es: „Selig sind die Friedfertigen, denn sie werden Gottes Kinder sein“.

Friede kann nur werden, wenn es im Dialog gelingt, das Auge und das Ohr des anderen zu gewinnen, nicht durch Gewalt. Wir alle wissen aber auch, dass Gewalt noch immer Teil unserer Realität ist. Solange dies so ist, müssen Menschen geschützt werden. Dafür brauchen wir eine visionäre Politik, die über die eigenen nationalen Grenzen hinaus geht und eine deutliche Stärkung der Vereinten Nationen.

Phyllis Bennis,

Washington, USA, Fellow am Institute for Policy Studies (Washington) und the Transnationale Institute (Amsterdam), Erstunterzeichnerin des transatlantischen Aufrufs „Neue Entspannungspolitik JETZT!“:

„Die Welt ist in der Krise. Der US-Präsident begrüßt mit offenen Armen den gewalttätigen Rassismus und eskalierende Kriege als das Kernstück dessen, was er „Politik“ nennt. In den USA sind Angriffe auf Einwanderer, Flüchtlinge, Muslime, Afro-Amerikaner und andere Minderheiten auf dem Vormarsch.

Der Aufruf aus dem Weißen Haus für „America First“ - meint „Military First“. Aber unser Widerstand wächst auch. Und unsere Antwort auf Trump's Kriege, Rassismus und Fremdenfeindlichkeit ist Internationalismus.

Aufbau einer weltweiten Bewegung, um NEIN zu einer Welt des Krieges zu sagen, NEIN zu einer Welt von Rassismus und Fremdenfeindlichkeit, und JA zu Menschen, die über Grenzen hinweg zusammenarbeiten, um eine neue und bessere Welt aufzubauen. Vielen Dank an alle, die hier zusammengekommen und Teil dieser neuen Welt sind.“

Doro Zinke,

Vorsitzende des DGB Berlin-Brandenburg:

„Millionen von Menschen sind auf der Flucht vor Krieg, Hunger und Unterdrückung. Klassische Koalitionen funktionieren nicht mehr als Selbstläufer. Aufrüstung, eine Politik der Stärke und Abschreckung führen nicht zum Frieden. Wir glaubten, nach dem Kalten Krieg käme der Frieden – welch ein Irrtum! Daher – Entspannungspolitik jetzt!“

Ray McGovern,

ehemaliger US-Präsidentenberater:

„Wir stellten Geheimdienstanalysen zur Verfügung, die auf Fakten beruhten. Wir sagten Präsident Nixon, dass wir die russische Einhaltung der Rüstungskontrollverträge überprüfen könnten, und 1972 unterzeichnete Nixon den ABM-Vertrag, der die Raketenabwehrraketen scharf begrenzte. Dies trug in drei Jahrzehnten zur strategischen Stabilität und Entspannungspolitik bei. Bush Junior jedoch kündigte den ABM-Vertrag, und Entspannung wurde wieder in Spannungen zurückgedreht. Wir müssen diesen Trend umkehren, bevor es zu spät ist.“

Dr. Alex Rosen,

Vorsitzender der Internationalen Ärzte für die Verhütung des Atomkrieges e.V. (IPPNW):

„In einer Welt, in der einzelne Politiker per Knopfdruck Hunderte von Atomwaffen binnen Minuten zünden könnten, kann jeder Konflikt jederzeit eskalieren. Anders als vergangene Kriege würde ein Atomkrieg das Überleben der gesamten Menschheit bedrohen.

Es gibt daher nur eine vernünftige Option: wir brauchen eine neue und konsequente Entspannungspolitik. Jetzt.“

Doreen Siebernik,

Vorsitzende der GEW Berlin:

„Frieden heißt auch die Welt zu verändern. Deshalb kein Geld für den Wahnsinn eines neuen Wettrüsten, sondern investieren wir das Geld in eine sichere Zukunft - in unsere Kinder – in gute Bildung! Entspannungspolitik jetzt!“

Elsa Rassbach

(Film-Produzentin, Journalistin, Vertreterin von CODEPINK und anderen US-Friedensgruppen in Deutschland):

Wir leben in immer gefährlicheren Zeiten, mit einem sich wild beschleunigenden Wettrüsten, einer rapiden Verbreitung von unbemannten und automatisierten Waffensystemen, das mutwillige Töten oder Vertreiben von Millionen, und offene Drohungen eines Atomkriegs.

Viele von uns in den USA sind dankbar für die Stimmen der Vernunft und Menschlichkeit aus aller Welt, die danach rufen, diesen Wahnsinn zu beenden bevor es zu spät wird. Ja, wir KÖNNEN -- und wir MÜSSEN -- uns zusammenschließen, um eine mächtige internationale Bewegung aufzubauen, die Lösungen durch friedliche Diplomatie statt Krieg fordert.

Wir brauchen dringend ENTSPANNUNG JETZT!"

Martin Schulz,

Kanzlerkandidat der SPD:

Gerade im Lichte des Korea-Konflikts zeigt sich, dass mit aller Ernsthaftigkeit eine nukleare Abrüstungsinitiative gestartet werden muss. Deshalb werde ich mich als Bundeskanzler entschlossen für die weltweite vertragsgestützte Abrüstung von Atomwaffen, chemischen und biologischen Massenvernichtungswaffen sowie konventioneller Rüstung einsetzen.

Auch ist es längst überfällig, dass im Rahmen eines gesamteuropäischen Abrüstungsvertrags auch in Deutschland gelagerte Atomwaffen endlich abgezogen werden - eine Welt ohne Atom- und Massenvernichtungswaffen bleibt unser Ziel.

Henning Scherf,

Buchautor, ehemaliger Bremer Bürgermeister:

Jetzt müssen Entspannungspolitiker in allen Ländern der Welt zusammengehen, um der drohenden Aufrüstung ein deutliches Signal entgegen zu setzen. Nicht Militär, sondern Diplomatie ist friedensstiftend!

Erklärung des Deutschen Gewerkschaftsbundes zum Antikriegstag, 1. September 2017

DGB

NIE WIEDER KRIEG, NIE WIEDER FASCHISMUS!

Seit 1957 ist der Antikriegstag ein Tag des Erinnerns und des Mahnens. Seit 60 Jahren erinnern die Gewerkschaften am 1. September daran, dass es dieser Tag war, an dem Nazi-Deutschland 1939 Polen überfiel und damit den Zweiten Weltkrieg entfachte. Der DGB und seine Mitgliedsgewerkschaften gedenken an diesem Tag der Schrecken zweier Weltkriege, die über 80 Millionen Tote gefordert haben. Für uns steht fest: Das unermessliche Leid und das Grauen, das die beiden Vernichtungskriege und die Schreckensherrschaft der Nazis über die Menschen gebracht haben, dürfen sich nie wiederholen. Deshalb müssen wir unser Bekenntnis zu Frieden, Demokratie und Freiheit immer wieder erneuern. „Nie wieder Krieg, nie wieder Faschismus!“ Dafür stehen wir Gewerkschaften! Dafür treten wir mit all unserer Kraft ein!

Die Europäische Union blickt auf mehr als sieben Jahrzehnte friedlichen und demokratischen Zusammenlebens zurück. Das ist Teil der Erfolgsgeschichte der europäischen Integration, die immer auch ein Friedensprojekt war. Und doch zeigt sich in den letzten Jahren, wie brüchig die Friedensordnung und wie labil der demokratische Fortschritt geworden ist, auf die wir Europäer in der Nachkriegszeit vertraut haben. Europa ist keine Insel der Seligen. Wir sind, direkt oder indirekt, an immer mehr Konflikten in unserem nächsten Umfeld beteiligt. Auch in der EU wächst die Neigung, auf die Schockwellen wachsender globaler Instabilität militärisch zu antworten.

Jedes Jahr werden rund 35 zwischenstaatliche bewaffnete Konflikte gezählt. Mehr als 65 Millionen Menschen befinden sich weltweit auf der Flucht. Im Mittelmeerraum, im Nahen Osten und in Teilen Afrikas erleben wir die gewaltsame Eruption politischer Spannungen, das Versagen staatlicher Strukturen und die Ausbreitung islamistischen Terrors. In Europas östlicher und südöstlicher Nachbarschaft festigen Autokraten wie Putin und Erdoğan ihren Herrschaftsanspruch, indem sie das demokratische System untergraben, bewaffnete Konflikte schüren und die Konfrontation mit der EU suchen. Die Beziehungen zu den USA haben mit Präsident Donald Trump einen Tiefpunkt erreicht. Sein Kurs der wirtschaftlichen Abschottung und des Protektionismus, seine Infragestellung des transatlantischen Verteidigungsbündnisses und seine unberechenbare Eskalationspolitik im asiatischen Raum destabilisieren die internationale Nachkriegsordnung. Gleichzeitig bröckelt Europa als Wertegemeinschaft von innen heraus: In Polen und Ungarn regieren Jaroslaw Kaczyński PiS und Viktor Orbán Fidesz. Auch in vielen anderen EU-Ländern betreiben die Rechtspopulisten erfolgreich Stimmenfang.

Europa und Deutschland müssen in dieser neuen Weltordnung friedenspolitisch Verantwortung übernehmen. Der richtige Ansatz dafür kann nicht sein, die Verteidigungsausgaben massiv zu erhöhen. Stattdessen brauchen wir eine gemeinsame Strategie der friedenssichernden Konfliktprävention. Ziel muss es sein, soziale Spannungen und Ungleichgewichte abzubauen und mit friedlichen Mitteln dafür zu sorgen, dass politische, wirtschaftliche und ökologische Krisen frühzeitig erkannt und abgewendet werden. Der DGB und seine Mitgliedsgewerkschaften rufen deshalb anlässlich des Antikriegstages 2017 dazu auf, solidarisch auf eine europäische Friedenspolitik hinzuwirken,

- die die aktuellen Bemühungen im Rahmen der UN um eine stabile globale Friedensordnung geschlossen unterstützt. Hierzu gehört auch, dass sich alle EU-Mitgliedstaaten entschieden für einen erfolgreichen Abschluss der laufenden Verhandlungen zur weltweiten Ächtung von Kernwaffen einsetzen.
- die der Einsicht folgt, dass Frieden ohne soziale Gerechtigkeit nicht zu haben ist. Europa muss weltweit für gesellschaftliche Teilhabe, Bildung, gute Arbeit und soziale Sicherheit eintreten. So trägt es aktiv dazu bei, dass politische Konflikte im Rahmen funktionierender demokratischer Verfahren ausgetragen werden können und nicht zu bewaffneten Auseinandersetzungen eskalieren.
- die der Gefahr eines neuen Protektionismus und des Wiedererstehens einer Welt der Handelskriege aktiv entgegentritt. Dafür brauchen wir eine Politik, die den neoliberalen Globalisierungskurs der letzten Jahrzehnte korrigiert und sich für eine faire Gestaltung der Globalisierung stark macht.
- die ihr humanitäres Engagement deutlich verstärkt. Vor allem muss sich Europa zu seiner Verantwortung für den Schutz von Flüchtlingen bekennen, indem auf EU-Ebene endlich ein solidarisches und gerechtes System für ihre Anerkennung und Aufnahme geschaffen wird.

Verantwortlich: DGB Bundesvorstand, Klaus Beck, Berlin

Frank Bsirske

Ver.di-Bundesvorsitzender, Mitbegründer der Initiative
„Neue Entspannungspolitik JETZT!“

Liebe Freundinnen und Freunde,
liebe Mitbürgerinnen und Mitbürger,
liebe Kolleginnen und Kollegen,

der heutige Tag markiert gleich in mehrfacher Hinsicht ein besonderes Datum: Heute vor sechzig Jahren, am 1. September 1957, wurde in der Bundesrepublik zum ersten Mal der Antikriegstag begangen – zur Erinnerung an unsere historische Verantwortung und als Mahnung, dass aus dieser historischen Verantwortung eine Verpflichtung zu besonderem friedenspolitischen Engagement folgt!

Denn am 1. September 1939 hatte Nazi-Deutschland unsere polnischen Nachbarn überfallen und damit den 2. Weltkrieg ausgelöst, ein in der Geschichte beispielloses Massenmorden und Vernichten wollen – von deutschem Boden aus systematisch vorbereitet und bewusst und planmäßig herbeigeführt.

Damals war die Rede vom so genannten „tausendjährigen Reich“, von Herren- und Untermenschen, wurde „das Recht des Stärkeren“ gepriesen, wuchs sich rassistische Verhetzung aus zur planvollen Versklavung, ja zur Vernichtung angeblich rassistisch minderwertigen und so genanntem „unwerten“ Lebens.

Ein Regime der Barbarei. Das sein Werk 1933 mit der Zerschlagung der Arbeiterbewegung begonnen hatte, um so die Weichen auf Krieg stellen zu können. Ein Regime, das zunächst Kommunisten, dann Gewerkschafter, Sozialdemokraten und andere politische Gegner der Nationalsozialisten, schließlich Menschen, die nicht in deren Bild der „deutschen Volksgemeinschaft“ passten, in Gefängnissen und Konzentrationslagern internierte und viele von ihnen bestialisch foltern und ermorden ließ.

Am bitteren Ende waren Millionen und Abermillionen von Kriegsoffern und millionenfach Opfer des Völkermordes an den Jüdinnen und Juden aus fast allen europäischen Ländern zu betrauern. „Wehret den Anfängen“ ist uns daher Mahnung bis heute und für die Zukunft. Wir vergessen nie den Holocaust und den verbrecherischen Krieg der deutschen Wehrmacht.

Ein Regime, das nach und nach die Grenzen des Sagbaren, dann des Machbaren, schließlich des für normal und legitim Gehaltenen verschob – und mit der Zeit war es normal, Menschen, die als anders wahrgenommen wurden, als nicht dazu gehörig gering zu schätzen, zu verachten, zu quälen und schließlich einfach tot zu schießen, sie verhungern zu lassen oder sie auszurotten. Das darf sich nicht wiederholen!

Deshalb treten wir allen Tendenzen der Fremdenfeindlichkeit, des Rassismus und Antisemitismus, überhaupt allen Formen kollektiver Stigmatisierung mit aller Entschiedenheit entgegen. Fremdenfeindlichen Parteien und Bewegungen muss eine Absage erteilt werden. Klar und unmissverständlich!

Das hat uns die Geschichte aufs Leidvollste gelehrt.
Nie wieder darf von deutschem Boden Krieg ausgehen!
Nie wieder Krieg! Nie wieder Faschismus!

Die Geschichte hat uns auch gelehrt, dass Stabilität und Frieden zwischen den Nationen nicht mit Drohszenarien und militärischer bzw. gewaltsamer Konfrontation zu erreichen sind. Nach allem, was wir aus der Geschichte wissen, zeigt sich, dass Auswege aus der Sackgasse der Konfrontation nur durch Bemühungen um Dialog und vertiefte Kooperation möglich sind – daher Entspannungspolitik jetzt!

Dieses Leitmotiv ist so aktuell wie seit langem nicht mehr. Wenn es Anfang der 1990er Jahre, nach dem Ende der Ost-West-Konfrontation, für kurze Zeit so aussah, als könne die Welt friedlicheren Zeiten entgegenblicken, müssen wir mittlerweile erkennen, dass es anders kam. Zahlreiche Krisen- und Konfliktherde, die schon zuvor bestanden, schwelten weiter oder eskalierten, wie im ehemaligen Jugoslawien, in Teilen Afrikas oder im Nahen und Mittleren Osten. Und neue sind hinzugekommen.

Ja, verglichen mit den Zeiten der Ost-West-Konfrontation sind die Konflikte unübersichtlicher geworden und schwerer zu beherrschen. Und die Frage ist, wie wir darauf reagieren sollen.

Die Antwort von Donald Trump lautet: Aufrüsten! Mehr noch: Er erhöht die Militärausgaben und senkt zugleich Entwicklungshilfe und die Sozialausgaben.

Und er hat eine klare Erwartung an Deutschland und die anderen Bündnispartner: Das müsst ihr auch machen, sagt er. Die Rüstungsausgaben sollen hoch auf zwei Prozent des Bruttoinlandsproduktes. Für Deutschland hieße das, den Rüstungsetat nahezu zu verdoppeln. 30 bis 35 Milliarden Euro jedes Jahr mehr für Rüstung.

CDU/CSU und die FDP signalisieren, dazu bereit zu sein. Das Zwei-Prozent-Ziel sei machbar – dann müsse man halt mal auf die eine oder andere Verbesserung beim Sozialetat verzichten, sagt Jens Spahn, seines Zeichens Staatssekretär im Bundesfinanzministerium und Mitglied des Parteipräsidiums der CDU, Hoffnungsträger des Wirtschaftsflügels, einer, der sich und den viele als kommenden Mann in der CDU sehen.

Aber ich frage: Was ist das eigentlich für eine Botschaft, die Union und FDP da aussenden? Auf der einen Seite das Rentenniveau weiter kürzen zu wollen, auch wenn das absehbar für Millionen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer Altersarmut programmiert und auf der anderen Seite zeitgleich die Rüstungs-

ausgaben auf 70 Milliarden Euro nahezu zu verdoppeln. Statt zum Wohle von Millionen von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern den Kurs in der Rentenpolitik zu korrigieren – auch mit höheren Bundeszuschüssen – Milliarden und Abermilliarden zusätzlich für die Aufrüstung auszugeben: Das ist nicht die Politik, die wir brauchen.

Kanonen statt auskömmlicher Rente – das ist nicht die Politik, die den Menschen in diesem Land nutzt. So eine Politik wollen wir nicht!

Keine Frage: Da, wo deutsche Soldaten im Rahmen von Blauhelmeinsätzen und auf dem Boden von UN-Mandaten im Einsatz sind, brauchen sie eine gute Ausrüstung. Nur braucht es dafür ganz gewiss keine Verdoppelung der Rüstungsausgaben!

Nicht nur die USA, auch die übrigen NATO Staaten zusammen übertreffen die Rüstungsausgaben Russlands und die Chinas bei weitem: 66 Milliarden US-Dollar an russischen Rüstungsausgaben standen im letzten Jahr 415 Milliarden der USA und noch einmal 242 Milliarden US-Dollar der europäischen NATO Partner gegenüber. Allein der Zuwachs des US-Militärhaushaltes war zwischen 2000 und 2015 viermal so hoch, wie der russische. Und das alles bevor die Rüstungsausgaben NATO weit auf zwei Prozent des Bruttoinlandsproduktes angehoben werden sollten.

Dabei wissen doch alle genauso gut wie jeder deutsche Soldat, der im Blauhelmeinsatz war: Nur mit Waffen und mit Militär lässt sich keine Sicherheit und keine Stabilität erreichen! Nur nachhaltige Entwicklung, der Kampf gegen Hunger, Elend und korrupte Regierungen und bessere Chancen für die Menschen schaffen nachhaltigen Frieden. Deshalb gilt es in Frieden zu investieren, statt in Krieg.

Deutschland muss Friedensmacht sein und nicht Rüstungsmaschine werden. Das heißt zugleich, sich der Militarisierung der Außenpolitik durch Donald Trump entgegen zu stellen. So richtig es ist, über Putins Politik nicht zur Tagesordnung überzugehen, so richtig es ist, auf Deeskalation in der Ostukraine zu drängen und auf die Achtung des Völkerrechts – so richtig ist auch, dass wer sich dazu aber allein der Logik der Abschreckung bedienen will, der Eskalation Vorschub leistet!

Wir brauchen gemeinsame Anstrengungen in der Rüstungskontrolle – zum Nutzen aller Europäer, auch der Russen. Wir brauchen einen umfassenden Neustart der konventionellen Rüstungskontrolle – mit Russland zusammen.

Und wir brauchen Rüstungskontrolle im nuklearen Bereich. Die Nuklearwaffenstaaten müssen ihre Arsenale reduzieren, alle Atomtests dauerhaft unterlassen und auf die Produktion waffenfähigen Materials verzichten. Dabei wird es auf Russland und die USA ankommen. Sie besitzen rund 90 Prozent der weltweiten Nuklearwaffen.

Ich teile die Position von Michael Gorbatschow, der mit Blick auf die Rüstungspolitik gesagt hat, dass „es nichts Wichtigeres gibt, als die Befreiung der Menschheit von den Massenvernichtungswaffen. So lange es Atomwaffen gibt, bleibt die Gefahr bestehen, dass sie zum Einsatz kommen. Sei es durch Zufall, eine technische Störung oder auch durch einen bösen menschlichen Willen. Deshalb müssen wir das Ziel, die Atomwaffen zu verbieten und zu vernichten, mit Nachdruck weiterverfolgen. Das ist unsere Pflicht.“ So Michael Gorbatschow.

Wie dringend Verhandlungsinitiativen auf diesem Gebiet sind, zeigt sich gerade in Korea. Dort sieht das nordkoreanische Regime Atomwaffen- und Raketenbesitz als Lebensversicherung für sich an, befließigt sich einer betont martialischen und kriegerischen Propaganda und trifft nun auf einen US-Präsidenten, der vom eigenen Golfclub aus das Inferno beschwört und erklärt, „Drohungen“ – wohlgermerkt Drohungen, nicht etwa Taten – „Drohungen mit Feuer und Zorn zu beantworten, wie es die Welt noch nicht gesehen hat.“

Was ist das für eine Botschaft an die US-Verbündeten in der Region, mit einem Angriff auf Nordkorea bereit zu sein, im Zweifelsfalle den Tod von 24 Millionen Südkoreanern als Kollateralschaden in Kauf zu nehmen. Und das, wo doch bis in seine eigene Regierung hinein jeder, der klar bei Verstand ist, weiß, dass es eine Lösung für diesen Konflikt nur auf dem Verhandlungsweg geben wird.

Die chinesische Regierung hat aktuell zu Recht darauf hingewiesen, dass die Verantwortung für eine Lösung in Nord- und Südkorea und in den USA liege. Es reiche nicht aus, einseitig auf Sanktionen zu setzen, heißt es dort weiter: „Wenn die Angelegenheit einfach durch Druck mit Sanktionen geregelt werden könnte, wie sind wir dann in diesen Teufelskreis geraten, in dem die Lage immer schlechter und schlechter wird.“ So das chinesische Außenministerium. Genauso ist es.

Ob in Korea oder im Mittleren und Nahen Osten, ob in den von Zerfall und Bürgerkrieg bedrohten Staaten Afrikas oder in der Auseinandersetzung mit dem IS: Letztlich gilt, dass wirksame Friedenspolitik ein erweitertes Konzept kollektiver Sicherheit erfordert, ein Konzept, das weit über unmittelbar physische Bedrohungslagen hinausreicht.

Es geht dabei um Perspektiven für die Menschen, um eine Überwindung der krassen Ungleichheiten, um eine Weltwirtschaftsordnung, die den heutigen und kommenden Generationen ein Leben in Anstand und Würde ermöglicht. Darauf müssen sich alle Bemühungen für einen Frieden für die Menschen richten und nicht auf mehr Aufrüstung und immer neuere Waffentechnik. „Die Welt ist überrüstet, der Frieden ist unterfinanziert“, mit diesen Worten brachte es der damalige Generalsekretär der Vereinten Nationen, Ban Ki-Moon auf der New

Yorker Konferenz „Atomwaffen abschaffen“ vor sieben Jahren treffend auf den Punkt.

Wenn nur etwas mehr als zehn Prozent der weltweiten Militärausgaben dazu verwendet würden, die nachhaltigen Entwicklungsziele der Vereinten Nationen wie inklusive Bildung für alle und die Beseitigung von extremer Armut und Hunger zu finanzieren, könnten diese Ziele erreicht werden.

So bleibt festzuhalten: Die Welt wird nicht friedlicher, indem die Rüstungspirale immer weiter nach oben geschraubt wird. Die Welt wird friedlicher durch vertrauensbildende Maßnahmen und durch wirtschafts- und entwicklungspolitische Initiativen, die dazu beitragen, allen Menschen ein Leben in Anstand und Würde zu ermöglichen.

Dafür treten wir ein, dafür engagieren wir uns als Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter, als Teil der weltweiten Friedensbewegung. Das ist unsere Botschaft heute, an diesem 1. September 2017.

Ulrike Trautwein,

Generalsuperintendentin im Sprengel Berlin der EKBO
(Evangelische Kirche Berlin-Brandenburg-schlesische-Oberlausitz)

Liebe Anwesende,

Wie wütend werde ich in letzter Zeit oft über all diese unfassbaren politischen Charaktere, die derzeit die Weltbühne bevölkern. In ihren Ländern richten sie von Chaos bis brutale Unterdrückung allerhand Schreckliches an, Menschen sind ihrer Willkür ausgesetzt, werden eingeschüchtert oder sogar verhaftet, wenn nicht noch Schlimmeres mit ihnen geschieht. Von den Kriegsschauplätzen im Nahen Osten mal ganz abgesehen, liegen einige hochgefährliche Bedrohungsszenarien wie der Konflikt mit Nordkorea in der Luft. Ich bin entsetzt darüber, dass die Kultur des Verhandeln und Kompromisse Schließens, die ja eine entscheidende Errungenschaft der vergangenen Jahrzehnte war, ausgehebelt und zunehmend eine Machokultur des Bedrohens, Aufrüstens und der gewaltsamen Konflikte an ihre Stelle tritt.

Ja, ich bin zornig - und dann heute diese Kundgebung mit der großen Überschrift: Entspannung JETZT! Ich bin froh, dass Sie mich eingeladen haben, heute am Antikriegstag, 78 Jahre nach Beginn des zweiten Weltkriegs zu sprechen, auch weil es mir die Chance gibt, mich noch einmal intensiver mit meiner eigenen Haltung in Fragen der Friedensethik auseinander zu setzen.

Meine Wut auf diese unsäglichen Gestalten und auf vielerlei wirtschaftliche Mechanismen, die den Frieden allerorten bedrohen ist immens - und doch weiß ich, dass ich sie einfangen muss, um mich nicht selber an dieser Spirale zu beteiligen, die am Ende immer nur in weitere Eskalation führen kann. Darum: Entspannung JETZT!

Gerade durch unsere eigene deutsche Geschichte wissen wir, wie wichtig es ist, klug nachzudenken und besonnen zu handeln. Ich schätze das Wort Besonnenheit, das uns ein Vers aus dem 2. Timotheusbrief der Bibel ans Herz legt:

Gott hat uns nicht gegeben den Geist der Furcht, sondern der Kraft, Liebe und Besonnenheit!

Ein Leitwort in diesen Tagen des ungezügelter Zornes, der narzisstischen Furcht vor Macht- und Ehrverlust, der Furcht vor allem, was man nicht versteht und was fremd zu sein scheint. Kein angstgetriebener Geist, der sich aufblähen muss, um seine Hasenherzigkeit zu verbergen soll uns vor sich hertreiben, nein: ein Geist, der kraftvoll aufs Leben schaut und aushält, dass man nicht alleine das Sagen hat, ein Geist der Liebe zu den Menschen soll uns leiten. Ein Geist, der deshalb mit Besonnenheit agiert, um das Leben der Menschen nicht unnötig zu gefährden, sondern zu schützen.

Ein wichtiger Zeuge ist und bleibt für uns Christen, aber nicht nur für uns, Dietrich Bonhoeffer, der in schlimmen Zeiten zum Friedenseinsatz aufrief und am Ende für seinen Einsatz gegen die mörderische Nazi Diktatur mit dem Leben bezahlte. Auf einer Konferenz der Kirchen in Fanö 1934 hat er gesagt: Ein wahrer Friedensruf müsste von den Christen ausgehen. Sie dürften sich nicht vom Wutgeheul der Weltmächte beeindrucken lassen. Diese Worte gehen mir auch in diesen Tagen nach. Mit den berühmten Barmer Thesen wendete sich damals die Bekennende Kirche, zu der auch Bonhoeffer gehörte gegen den Nationalsozialistischen Staat. In der V. These wird dem Staat zugebilligt, in der noch nicht erlösten Welt auch Gewalt anzuwenden, aber nur als Ultima Ratio. Und als solche ist sie immer Ausdruck des Versagens der Politik, der Diplomatie, der Völkergemeinschaft. Wenn es zur Ultima Ratio kommt, zur Anwendung von Gewalt, dann sind vorher immer andere Möglichkeiten nicht wahrgenommen, versäumt worden. Und so verstehen wir als christliche Kirche unseren Auftrag darin, den Staat an seine Friedensverantwortung zu erinnern, und das heißt immer auch alle Bürgerinnen und Bürger.

Dabei wissen wir, was Bonhoeffer so ausdrückt: Es gibt keinen Weg zum Frieden auf dem Weg der Sicherheit. Denn Friede muss gewagt werden.

So ist es: Frieden bleibt immer ein Wagnis! Aber ein lebenszugewandtes Wagnis. Die Alternativen zu diesem Wagnis, Gewalt und Krieg, zerstören so viel und für lange Zeit, sie zerstören die Seelen der Menschen und diese Zerstörung wirkt durch Generationen hindurch.

Bis heute spüren wir, dass hinter manchem Menschenunglück die Erfahrungen der Kriege, der Hass- und Vernichtungsideologien des vergangenen Jahrhunderts stehen.

Nein: es gibt keinen Weg zum Frieden nur durch Sicherheit. Denn Frieden muss gewagt werden.

Für das Wagnis und die Verheißung des Friedens stehen wir mit aller Kraft, die wir zu Verfügung haben, mit der Liebe zu den Menschen und vor allem mit besonnenem Handeln!

Entspannung Jetzt!

Laura von Wimmersperg,
Berliner Friedenskoordination

„Wir wollen leben und die Erde bewohnbar erhalten!

Das wollen die meisten Menschen, doch einzeln sind wir dazu zu schwach. Nur wenn wir uns zusammenfinden und deutlich machen, dass es viele Menschen in unserem Land gibt, die für die Erhaltung des Friedens eintreten, werden wir die Verantwortlichen auf den Weg gewaltfreier Lösungsmöglichkeiten drängen können.

Was am 8. Mai 1945 in Schrecken endete, darf sich nicht wiederholen. Frieden und Sicherheit können nicht durch das Gleichgewicht des Schreckens garantiert werden.

Jede Weltmacht kann schon jetzt mit ihren Nuklearwaffen den Erdball mehrmals in Schutt und Asche legen. In Europa stehen sich die beiden Machtblöcke nahtlos mit ihren Riesenarmeen gegenüber, hier bei uns würde im Kriegsfall die Atomschlacht entbrennen. Nicht militärisch, nur politisch lassen sich in unserer atomar gerüsteten Welt Konflikte lösen. Der Weg dazu heißt Entspannung, vor allem durch Abrüstung. Dieser Weg erfordert von beiden Seiten Vorleistungen. Das damit verbundene echte oder vermeintliche Risiko müsste Schrittweise und überprüfbar von unseren Politikern eingegangen werden.

Was bedeutet also Entspannung im Ost-West-Konflikt?

- 1.) Verbindungen wirtschaftlicher, kultureller und politischer Art nicht abreißen lassen, sondern diese ausbauen.
- 2.) Gewaltverzicht und friedliches Zusammenleben der Völker
- 3.) Senkung des Wehretats, dann Abrüstung und Umleitung der eingesparten Gelder in Sozialhaushalte und Entwicklungshilfe

Deutschland, das in der Vergangenheit seine Nachbarn das Fürchten gelehrt hat, hat es nötiger als andere, durch Taten glaubwürdige Schritte in Richtung auf einen für alle sicheren Frieden zu unternehmen.

Was können wir tun?

- Informationen verbreiten, die die gängigen Feindbilder abbauen helfen
- unsere Politiker verpflichten, dem Bekenntnis zum Frieden Taten folgen zu lassen
- machen wir deutlich, dass säbelrasselnde Kandidaten für uns nicht wählbar sind

- unterstützen wir alle Kräfte in Parteien, Organisationen und Kirchen, die zur Besonnenheit aufrufen und sich für den Ausgleich im Verhältnis der Staaten zueinander einsetzen
- wehren wir uns gegen Konfrontationspolitik

In diesem Sinne wollen wir Menschen ansprechen, der Resignation entgegenzutreten, zum Engagement aufrufen und zu gemeinsamem Handeln für Entspannung und Abrüstung ermutigen.“
(Wilmsdorfer Friedensappell)

Diesen Text, den ich eben vorgelesen habe, habe ich nicht für heute, den Antikriegstag 2017, geschrieben. sondern wir, von der Friedensinitiative Wilmsdorf haben diesen Appell 1980 geschrieben.

Als ich ihn nach langer Zeit in Vorbereitung auf diese Rede noch einmal las, stiegen mir Tränen in die Augen: ist dieser Text nicht von erschreckender Aktualität? Geschrieben vor 37 Jahren, damals war ich 46 Jahre alt, heute bin ich fast 83. Da packte mich zu dem Schmerz ein großer Zorn, dass das Geschäft mit dem Kriege und der Krieg selbst nicht aus der Politik zu vertreiben sind, und ich beschloss, keine zahme, diplomatische Rede zu halten.

Ja, Russland modernisiert seine militärischen Kapazitäten in großem Stil. An dieser Stelle ist es mir wichtig zu erwähnen, dass sie das ausschließlich auf ihrem eigenen Territorium tun und mit einem Rüstungshaushalt, der nur den 10. Teil der Rüstungskosten der Nato ausmacht. Wieder sind wir an einem Punkt angelangt, wo wir uns fragen, warum, was ging politisch dem voraus? Und wieder fragen wie damals, wer bedroht wen? Nur wenn wir ehrlich nach Antworten suchen, werden wir Auswege aus diesem für alle höchst gefährlichen Dilemma finden!

Es gab in diesen fast vierzig Jahren zwischen dem Appell und heute eine kurze Zeitspanne, da schienen Hoffnungen berechtigt, sahen wir reale Chancen für einen dauerhaften Frieden für die Völker Europas. Das war 1990 bei der Wiedervereinigung Deutschlands.

An dieser Stelle noch einmal zur Erinnerung, warum wir glaubten, der Kalte Krieg, die Konfrontation, seien beendet: Der Warschauer Pakt war aufgelöst worden. Die Sowjetunion akzeptierte die Mitgliedschaft ganz Deutschlands in der NATO, und im Gegenzug dafür wurde zugesichert, dass es darüber hinaus keine Erweiterung der NATO geben würde. Im 2+4 Vertrag und der Charta von Paris verpflichtete sich die Bundesregierung, keine Handlungen zuzulassen, die das friedliche Zusammenleben der Völker stören könnten, die souveräne Gleichheit und territoriale Integrität der Teilnehmerstaaten, sowie das Völkerrecht zu akzeptieren. Keine dieser Abmachungen wurde eingehalten!

Die Chance für den Frieden in den darauf folgenden Jahren wurden von den NATO-Staaten, allen voran den USA – aber auch von Deutschland – absichtsvoll und rücksichtslos vertan.

Konkrete Auswirkungen für Russland:

- eingekreist von Militärbasen
- umstellt von Raketenabwehrschirmen, (die Erstschlagswaffen abschießen können)
- Dauermanöver an der gesamten Westgrenze
- Sanktionen,

um nur die Wichtigsten zu nennen.

Ich frage Sie, frage Euch: Müssten die Russen nicht verrückt sein, wenn sie nach dem erlittenen Raub- und Vernichtungskrieg Nazi-Deutschlands gegen sie, die heutigen Provokationen unbeantwortet ließen? Und wir müssen realistischerweise davon ausgehen, dass die Provokationen fortgesetzt werden.

US-amerikanische Sicherheitsberater, u.a. George Friedman, sprechen offen davon, dass es zu ihrer Strategie gehört, zu verhindern, dass - Zitat - „deutsches Kapital und Technologie sich mit russischer Arbeitskraft und russischen Bodenschätzen verbinden“. Sowie davon, dass der Reichtum an russischen Bodenschätzen der ganzen Welt gehören müsse.

Exkanzler Helmut Schmidt sagte in einem Interview 2007, von Russland gehe viel weniger Gefahr aus als von Amerika; die NATO sei nur ein Instrument US-amerikanischer Hegemonialbestrebungen. Banaler, dafür umso unverblümter, sagte es in diesem Jahr auf der Münchener Sicherheitskonferenz der neue US-Verteidigungsminister Thomas N. Mattis: „Die NATO dient dazu, unseren Lebensstil zu bewahren.“

Da muss man allerdings fragen, wen der Verteidigungsminister mit „uns“ meint, denn die Mehrheit der Menschheit lebt auf einem Niveau, auf dem kein Mensch freiwillig leben möchte. Und diese Armut wächst auch in den NATO-Ländern, auch bei uns. Es geht der NATO nicht um Demokratie und Menschenrechte, das pfeifen inzwischen nicht mehr nur die linken Spatzen von den Dächern. Die Leute auf der Straße lassen sich da nichts vormachen. Die Kriege dienen einer kleinen Machtelite zur Steigerung ihrer Profite.

Solche Politik, vor allem aber die Konfrontationspolitik gegen Russland, kann zu einem Krieg in Europa führen. Und dieser Krieg würde mit großer Wahrscheinlichkeit hier in Mitteleuropa, in Deutschland ausgetragen. Denn auf deutschem Boden befinden sich wichtige US- und NATO-Basen, z. B. die wichtigste überhaupt Ramstein und das Atomwaffenlager in Büchel im Hunsrück.

Wenn wir das nicht wollen, müssen wir alle dafür sorgen, dass es nicht dazu kommt. Alle, damit meine ich wirklich alle, nicht nur die Politiker, sondern vor allem auch uns, die Bevölkerung.

Werden wir unbequemer, verfolgen wir das Tun der Politiker aufmerksam, rücken wir ihnen auf die Pelle. Wir brauchen Politikerinnen und Politiker, die schon während ihrer Amtszeit mutig dafür eintreten „Schaden vom deutschen Volke abzuwenden“, so wie ihr Amtseid es von ihnen fordert. Es reicht uns nicht, wenn sie erst ihren Maulkorb nach ihrer Pensionierung ablegen, und sagen, was sie wirklich wissen und denken.

Die Bundesregierung betonte in den letzten Jahren immer wieder, Deutschland müsse „Verantwortung übernehmen“, aber damit meinte sie, die Bundeswehr weltweit einzusetzen. Ja, wir sind auch der Meinung, die Bundesregierung muss endlich Verantwortung übernehmen, aber Verantwortung vor der Geschichte, Verantwortung für Frieden.

Bundespräsident Gustav Heinemann erklärte 1969: „Vertrauen kann nur der erwerben, der Vertrauen zu schenken bereit ist. Es gehört zu den vornehmen Aufgaben unserer Politik Vertrauen aufzuschließen.“

Wir fordern in diesem Sinne von der jetzigen und der künftigen Bundesregierung, endlich Vertrauen zu schenken und die immer wieder ausgestreckte Hand Russlands zu ergreifen. Russlands Angebot anzunehmen, gemeinsam ein friedliches Europa von Wladiwostok bis Lissabon oder - wie der Willi-Brandt-Kreis fordert - bis Vancouver zu schaffen.

Alle Kräfte, die dieses Anliegen ebenfalls verfolgen, sind wir bereit, aktiv und auch kritisch zu unterstützen. Denn wir wollen leben und die Erde, diese trotz aller Probleme wunderbare Erde, bewohnbar erhalten!

Michael Müller,
Vorsitzender der NaturFreunde Deutschlands

Zuerst danke ich all denen, die heute hier sind, um für den Frieden Flagge zu zeigen und eine Tradition zu bewahren. Und ich danke besonders denen, die die Mühe der Organisation auf sich genommen haben. Ich weiß, wie schwierig das war.

Wir müssen, so Siegfried Lenz bei der Verleihung des Friedenspreises des Deutschen Buchhandels, das Wort nehmen, wenn wir den Frieden bedroht sehen. Ja, darum geht es, das ist der Punkt, warum wir heute hier sind: Der Frieden ist gefährdet, denn wir sind an einem Wendepunkt, der uns herausfordert. Wenn wir das Wort nicht erheben, wäre das ein großes geschichtliches Versagen. Denn die Politik ist gefangen in altem Denken, das erneut zu einer Militarisierung des Denkens führt.

Wir erleben erneut eine Große Transformation. Der österreichische Wirtschaftshistoriker Karl Polanyi beschrieb sie als Umwälzungen, die vor mehr als 100 Jahren durch die „Entbettung“ der Ökonomie in das Katastrophenzeitalter des letzten Jahrhunderts führten: Die Große Transformation begann mit Nationalismus und Militarisierung. Der darauf folgende „30-jährige Krieg“ des 20. Jahrhunderts führte zu Faschismus, Holocaust und Zweitem Weltkrieg. Sie hinterließ unfassbares Leid.

Am Anfang des Katastrophenzeitalters steht ein Versagen der Politik. Zwei Zeitalter prallten aufeinander, das im Kern noch mittelalterliche Regime des Adels und des Militärs gegen die Herausforderungen der Zweiten Industriellen Revolution mit ihren gewaltigen sozialen und ökonomischen Verwerfungen. Weil es nicht zum Bündnis zwischen Arbeiterbewegung und liberalem Bürgertum kam, entluden sich die Spannungen in Nationalismus und Militarismus. Was geschieht heute, wo wieder zwei Zeitalter aufeinander prallen: der niedergehende Nationalstaat mit dem Glauben auf ewiges Wachstum gegen die grenzenlose Welt, die umso schneller an die sozialen und ökologischen Grenzen des Wachstums gerät.

Mit der Globalisierung und Digitalisierung der Marktprozesse kommt es wieder zu einer Verselbständigung der Ökonomie, ohne Bindung an Demokratie und Gesellschaft. Damit spitzt sich zu: Unser Jahrhundert wird entweder ein Jahrhundert alter und neuer Gewalt und erbitterter Verteilungskämpfe. Oder es wird ein Jahrhundert der Demokratie und Nachhaltigkeit.

Deshalb haben wir Anlass, uns um den Frieden zu sorgen. Friedenspolitik heißt nicht nur Abrüstung, heißt nicht nur Entspannungspolitik mit Gegnern und heißt nicht nur Suche nach neuen Gemeinsamkeiten. Wir müssen auch alles tun, um den Krieg gegen die Zukunft zu beenden. Oder wie der US-Bürgerrechtler Jesse Jackson es forderte, ein Ende der Party auf Kosten der Armen, der Natur und der Zukunft. Frieden heißt: Wir brauchen eine Weltinnenpolitik, sozial und ökologisch.

Die Antwort der Vertreter der alten Weltordnung ist ein neuer Kalter Krieg und auf beiden Seiten ein Spiel mit dem Feuer: Hochrüstung, Militarisierung des Denkens und der Politik, neue Formen der Konfrontation. Aus dieser militärischen Eskalationsdynamik kann ein großer Brand werden.

Es ist schlichter Irrsinn, was entlang der 1.300 Kilometer langen Grenze der EU mit Weißrussland und Russland passiert. Allein 2016 gab es eine Verfüffachung der Truppenübungen, immer häufig nicht angekündigte, sogenannte Alarmübungen. Wir dürfen nicht wegsehen, wenn mit dem Feuer gespielt wird – auch nicht in Europa durch die provozierende Stationierung schwerer Waffen.

Aber Frieden ist mehr als eine Zeit ohne Krieg. Wir machen uns Sorgen über die sozialen Spaltungen und ökologischen Zerstörungen, die aus unserer Welt eine gewalttätige und zerbrechliche Einheit machen – Ursache für Krieg und Gewalt.

Deshalb: Wenn es um den Frieden geht, gibt es keine Inkompetenz. Wer sich um den Frieden sorgt, darf ihn nicht dem ideologischen Tunnelblick selbsternannter Sicherheitsexperten überlassen. Wir haben nicht nur das Recht, sondern auch die Pflicht uns einzumischen. Das tun wir. Wir sind hier, weil wir

- aus der Vergangenheit gelernt haben;
- vor der erneuten Militarisierung des Denkens warnen;
- eine neue Phase der Aufrüstung verhindern müssen, die längst nicht nur den Militärs der NATO-Kreise gefordert wird.

Vor allem sagen wir Nein zu einem Wirtschaftssystem, zu dem modularen Konsum und zu dem grenzenlosen Wachstumswahn, die eine politisch abgesicherte Gewalt fördern. Eine Gewalt, die unsere Welt spaltet und sie unbewohnbar macht. Die Frage ist: Wie viel trägt und erträgt er noch, unser ramponierter Planet. Zum Frieden gehört, überall auf der Welt menschenwürdig leben zu können und das nicht nur in kleinen, hochgesicherten Oasen des Reichtums.

Die Verlängerung der Gegenwart ist nicht vereinbar mit dem Zustand unserer Welt. Mit den Slums, in denen heute schon über eine Milliarde Menschen zu überleben suchen; mit den rund 30 Ländern, in denen spätestens in 20 Jahren mindestens 20 Prozent der Ernährungsgrundlagen wegbrechen werden; mit den Epizentren des Klimawandels, in denen Überschwemmungen und Trockenheit die Menschen zu Opfern des Klimawandels machen.

Wir müssen alles tun, diese Gewalt zu beenden. Wir müssen den Kapitalismus sozial und ökologisch bändigen – national, global und dauerhaft.

In der Todesfuge schrieb Paul Celan, dass der Tod ein Meister aus Deutschland sei. Ja, das ist leider richtig. Wir wollen alles tun, dass auch der Frieden ein Meister aus Deutschland ist.

Alex Rosen,

Vorsitzender der deutschen Sektion
der Ärzte für die Verhütung des Atomkriegs (IPPNW)

Ärztliche Argumente für eine neue Entspannungspolitik

Liebe Freundinnen und Freunde,

Mein Name ist Alex Rosen, ich bin Kinderarzt hier in Berlin und Vorsitzender der deutschen Sektion der Ärzte für die Verhütung des Atomkriegs.

Ich bin 1980 geboren. Meine Generation kennt Krieg eigentlich nur aus dem Fernsehen. Nur sehr wenige in meinem Alter können sich vorstellen, was es bedeuten würde, wenn Konflikte in Europa wieder mit Gewalt statt mit Diplomatie ausgetragen würden.

Als Arzt hingegen kenne ich die Folgen von Krieg und Vertreibung aus meiner täglichen Arbeit. Ich leite die Kinderrettungsstelle an der Charité und sehe Tag für Tag, Woche für Woche, Kinder, die vor gewaltsamen Konflikten in Ihrer Heimat fliehen mussten, die traumatisiert sind, gezeichnet von Krieg und Gewalt. Immer wieder träumen sie von den nächtlichen Bombardierungen, den Schrecken, die sie mit ansehen mussten, der dramatischen Flucht über das Mittelmeer oder den Balkan. Sie kommen aus Syrien, dem Irak, Afghanistan, Tschetschenien und dem Jemen, aus Eritrea, dem Südsudan oder Libyen.

In den Augen dieser Kinder sehe ich Tag für Tag, was Krieg wirklich bedeutet. Es ist ein anderer Blick als der der Generäle, der Politiker oder der Waffenexporteure.

Generäle mögen in einem Krieg eine Chance wittern, die Bedeutung ihrer Armeen zu unterstreichen, neue Waffensysteme auszutesten, ihre militärische Überlegenheit zu demonstrieren.

Politiker mögen in einem Krieg eine Chance sehen, an Macht und Einfluss zu gewinnen oder von innenpolitischen Problemen abzulenken.

Waffenfirmen wie ThyssenKrupp, Rheinmetall, Heckler & Koch oder Krauss-Maffei mögen in einem Krieg die Chance auf große Gewinne und neue Absatzmärkte sehen und sind sich nicht zu fein, auch gerne beide Seiten eines Konflikts zu beliefern - Geld ist Geld.

Wir Ärzte aber sehen im Krieg keine Chancen, keine goldenen Versprechen, nichts Gutes. Wir sehen Verletzte, Behinderte, Traumatisierte, Tote, Witwen und Witwer und Waisen. Wir sehen Menschen, die alles verloren haben – selbst ihre Heimat, die sich und ihre Familien eher den Strapazen und den Risiken einer Flucht übers offene Meer und durch fremde Länder aussetzen, als weiter

in Ihrer Heimat zu bleiben, wo die einzigen Perspektiven sind, Opfer zu werden - oder Täter. Wir sehen zerstörte Krankenhäuser, ausgebombte Schulen, zerrissene Gemeinden, gespaltene Familien, Hass, Trauer, Wut, Verzweiflung, Traumatisierung, Suizidalität. Wir sehen die wahren Gesichter von Krieg und Vertreibung jeden Tag in unseren Krankenhäusern und unseren Praxen und wir können deshalb nicht anders, als Krieg pauschal zu verurteilen.

Im Jemen, in Syrien, im Irak, in der Südtürkei, in der Ostukraine und an vielen anderen Orten der Welt herrscht derzeit Krieg. In nahezu allen Konflikten ist Deutschland als drittgrößter Waffenexporteur, als eines der wichtigsten NATO-Mitglieder oder als Interessenspartei beteiligt.

Wir liefern Panzer, Boote und Maschinengewehre im Wert von Millionen von Euro nach Saudi Arabien, welches aktuell einen brutalen Krieg im Nachbarland Jemen führt. Wir liefern Waffen an Konfliktparteien in Syrien und dem Irak, beteiligen uns an der Bombardierung ziviler Ziele in beiden Ländern und sind an der Aufrüstungsspirale mit Russland in Osteuropa maßgeblich beteiligt.

Früher hieß es, „der Tod ist ein Meister aus Deutschland“. Zwei Mal haben wir unseren Kontinent mit Krieg und Gewalt überzogen. Heute, am 1. September, vor 78 Jahren, griffen wir unser Nachbarland Polen an und starteten so einen Krieg, der über 6 Jahre andauern, halb Europa verwüsten und mehr als 50 Millionen Menschen das Leben kosten sollte.

Nach dem 2. Weltkrieg und der Niederlage des Nationalsozialismus hieß es, es dürfe von deutschem Boden nie wieder Krieg ausgehen. Wenn man sich die heutige Situation anschaut, muss man leider feststellen, dass von deutschem Boden aus sehr wohl wieder Krieg ausgeht – und das wir auch weiterhin einige Meister des Todes bei uns im Land haben. Einige der gierigsten und tödlichsten Unternehmen habe ich bereits benannt. Ich nenne sie gerne erneut: Krauss-Maffei, ThyssenKrupp, Rheinmetall und Heckler&Koch verdienen ihr Geld damit, Kriegsgerät in Krisenregionen zu liefern und haben den Tod von Millionen von Menschen mitzuverantworten, die durch ihre Waffen „Made in Germany“ ermordet wurden.

Sogar das nationalsozialistische Gedankengut scheint derzeit in einigen Bevölkerungsgruppen zurück zu kehren - der völkische Chauvinismus, der aggressive Nationalismus, die Entmenschlichung Anderer. Wenn die Umfragen stimmen, wird dieses Jahr eine Partei in den Bundestag einziehen, die davon spricht, Geflüchtete an der Grenze zu erschießen, oder deutsche Politiker mit ausländischen Wurzeln aus dem Land zu werfen und in anderen Ländern zu „entsorgen“.

Ich warne - frei nach Heinrich Heine: **Dort wo man Menschen zu „entsorgen“ droht, werden am Ende auch wieder Menschen verbrannt.**

Wir alle müssen dieser Entwicklung entgegentreten – in dem wir uns in und für unsere Demokratie und für die Abgehängten unserer Gesellschaft engagieren und den Rechten nicht das Feld überlassen. Rudolf Virchow hat einst gesagt: „Politik ist weiter nichts, als Medizin im Großen“. Die Rattenfänger vom rechten Rand – und ich meine damit nicht nur die AfD – sind in dieser Metapher die Scharlatane, die mit ihren Wundertinkturen und Lügen über die Marktplätze der Republik ziehen und den Menschen einfache Lösungen für komplexe Probleme versprechen. Es reicht nicht einfach, von ihrer „Medizin“ abzuraten – wir müssen selber die Probleme der Menschen angehen, wenn wir sie für die Demokratie und für unsere gemeinsame Gesellschaft zurückgewinnen wollen.

„Der Tod ist ein Meister aus Deutschland“. Kein anderes Land hat diese Lektion schmerzhafter erfahren müssen als die Sowjetunion. Bis zu 27 Millionen Tote hat der 2. Weltkrieg dort gefordert – sowie mindestens die selbe Zahl an Kriegsversehrten. Ganze Städte wurden von den Deutschen in Schutt und Asche gelegt, die Grauen der Wehrmacht und der SS im Osten sind heutzutage allseits bekannt.

Während des Kalten Kriegs dann ging es weiter mit dem Konflikt mit Russland – zumindest in einem Teil Deutschlands. Denn die beiden deutschen Staaten befanden sich auf unterschiedlichen Seiten eines unerbitterlichen Rüstungswettlaufs, der auf der vollständigen gegenseitigen Auslöschung durch Atomwaffen basierte. Ein solcher Atomkrieg wäre zu großen Teilen in Deutschland ausgefochten worden – ein Grund, weshalb sich die Generationen vor meiner so intensiv in der Friedensbewegung engagierten.

Nach Ende des Kalten Kriegs wurde die historische Chance auf eine neue europäische Sicherheitsarchitektur leichtfertig vertan. Statt ein „gemeinsames Haus Europa“ zu errichten, wurden EU und NATO ohne Rücksicht auf russische Befindlichkeiten und ohne strategische Einziehung Russlands nach Osten erweitert – bis die Kriege in Georgien und der Ukraine dieser Ostwärtsbewegung des westlichen Bündnisses vorerst ein Ende bereiteten.

Heute ist vielen in der NATO klar geworden, dass ein Weiter-So einfach nicht geht. Gleichzeitig befinden wir uns in einer sehr prekären Lage. Der Rüstungswettlauf, von dem wir gedacht hatten, wir hätten ihn überwunden, ist wieder in voller Fahrt. Militärische Manöver und Truppenverlegungen in Grenznähe, der Aufbau eines NATO-Raketenabwehrprogramms in Osteuropa, der NATO-Beitritt Montenegros, die Verlegung von atomwaffenfähigen Kurzstreckenraketen ins russische Kaliningrad und konventionelle wie atomare Aufrüstung auf beiden Seiten treiben die Eskalationsdynamik voran und haben ein gefährliches Niveau erreicht.

Der Krieg in der Ostukraine findet trotz des Minsker Abkommens kein Ende. Die OSZE berichtete jüngst von 300 bis 1.500 Waffenstillstandsverletzungen täglich. Besonders bedrohlich wird diese gegenseitige Kräftedemonstration durch die sehr reale Gefahr einer möglichen nuklearen Eskalation.

Deshalb appellieren wir an die Bundesregierung, sich für eine neue und konsequente Entspannungspolitik zwischen NATO und Russland einzusetzen.

Wir müssen uns als Deutschland mehr engagieren und Verantwortung zeigen. Aber nicht durch Waffenexporte, Sanktionen oder Kriegseinsätze. Nein, durch militärische Zurückhaltung und diplomatischen Druck auf die Konfliktparteien, um sie zu ernstgemeinten Verhandlungen und Vertrauen schaffenden Maßnahmen zu bewegen. Wir dürfen nicht weiterhin selber Konfliktpartei sein, sondern müssten statt dessen helfen, zu vermitteln und zu deeskalieren.

Es gab ein umfassendes Konstrukt an Grundpfeilern der europäischen Sicherheit - die NATO-Russland-Grundakte, das Abkommen über die Reduzierung und Begrenzung konventioneller Streitkräfte in Europa (KSE), der Washingtoner Vertrag über nukleare Mittelstreckensysteme (INF-Vertrag), das Verbot von Raketenabwehrsystemen (ABM-Vertrag).

Den ABM-Vertrag hat US-Präsident Bush aufgekündigt, aus dem KSE-Vertrag ist Russlands Präsident Putin 2015 ausgestiegen. Russland und die USA werfen sich gegenseitig Verstöße gegen den INF-Vertrag vor. So kann es nicht weiter gehen. Wir müssen zurück kehren zu diplomatischen Lösungen.

Sicherheit und Frieden in Europa kann es nur mit, aber nicht gegen Russland geben.

In einer Welt, in der ein Präsident Trump oder ein Präsident Putin per Knopfdruck Hunderte von Atomwaffen binnen Minuten zünden könnten, kann ein Konflikt jederzeit eskalieren. Russland und die USA verfügen gemeinsam noch über etwa 14.000 Atomsprengköpfe. Rund 1.800 von diesen sind per Knopfdruck innerhalb weniger Minuten abschussbereit. Jeder einzelne dieser Sprengköpfe hat eine Sprengkraft, die die der Hiroshima- oder Nagasakibomben um ein 10- bis 30-faches übersteigt.

Ein einzelnes Atom-U-Boot der USA ist mit 20 Atomraketen bestückt. Jede dieser Raketen wiederum beinhaltet 12 individuell zielbare moderne Atomsprengköpfe. Das bedeutet, ein einzelnes Atom U-Boot hat mehr als 1.400-Mal so viel Sprengkraft wie die Atombomben von Hiroshima und Nagasaki. Ein einziges Atom U-Boot könnte die 20 größten gegnerischen Städte auslöschen. Die 20.-größte russische Stadt ist übrigens Uljanowsk an der Wolga, die 20.-größte US-amerikanische Stadt El Paso, Texas, beide mit knapp 650.000 Einwohnern. Alle größeren Städte würden von der Landkarte verschwinden.

Ein atomarer Konflikt zwischen Russland und den USA, der nur einen Bruchteil ihres jeweiligen atomaren Arsenalums umfasst – sagen wir mal, 250 Atomwaffen auf beiden Seiten – würde innerhalb von 30 Minuten etwa 100 Millionen Menschen umbringen. Die Spätfolgen für die Überlebenden, die sich in einer radioaktiven Wüste wiederfinden würden, in Ländern, deren komplette wirtschaftliche, gesundheitliche, politische und technische Infrastruktur zerstört wäre, stehen noch auf einem anderen Blatt.

Dieses Horrorszenario wäre schon schlimm genug. Aber anders als vergangene Kriege würde ein Atomkrieg das Überleben der gesamten Menschheit bedrohen. Sollten Russland und die USA ihr gesamtes strategisches Atomwaffenarsenal einsetzen, würde dies einen globalen atomaren Winter auslösen – ein Szenario, welches mittlerweile durch seriöse Klimaforscher mehrfach belegt wurde. Durch die massiven Feuerstürme, die die atomaren Detonationen in den dicht bevölkerten Metropolen Russlands und der USA auslösen würden, würden 150 Millionen Tonnen an Staub und Asche in die Stratosphäre geblasen.

Dort oben, oberhalb der Wolken und des Wetters, würden sie jahrelang wie ein dunkler Vorhang das Sonnenlicht abschirmen. Die globale Durchschnittstemperatur würde innerhalb von Tagen um mehr als 10° C fallen – der größte Temperatursturz der Erdgeschichte. Drei Jahre lang gäbe es keinen einzigen frostfreien Tag. Für den Rest der Menschheit würde dies bedeuten, dass Landwirtschaft und die Produktion von Grundnahrungsmitteln nicht länger möglich wären. Innerhalb von 2 bis 3 Monaten wären sämtliche Nahrungsmittelreserven weltweit aufgebraucht. Der nukleare Winter würde mit großer Wahrscheinlichkeit das Ende der Menschheit bedeuten.

Ich habe nicht das Anliegen, hier Angst zu verbreiten. Aber wir müssen wissen, worüber wir sprechen. Wenn Politiker oder Generäle leichtfertig eine deutsche oder europäische Atombewaffnung fordern, dann muss uns klar sein, dass dies bedeutet, dass wir bereit sind, einen Massenmord an der Zivilbevölkerung eines anderen Landes auszuüben.

Nichts anderes bedeutet der euphemistische Militärbegriff „Nukleare Abschreckung“: Die konkrete Androhung und Planung eines atomaren Massenmords an gegnerischen Zivilisten.

Dass ist es, was deutsche Luftwaffenpiloten tagein, tagaus in Büchel trainieren, wenn sie lernen, B61-Atombomben über „feindlichen Städten“ abzuwerfen. 20 US-Atomwaffen sind bis heute in Deutschland stationiert und würden im Falle einer militärischen Auseinandersetzung an die deutsche Luftwaffe übergeben werden. Wir wären keine Zuschauer, sondern Mittäter. Dass der Besitz, die Stationierung, die Androhung und der Einsatz von Atomwaffen gegen das Völkerrecht verstoßen hatte 1996 bereits der Internationale Gerichtshof festgestellt.

Vor knapp anderthalb Monaten haben nun 122 UN-Mitgliedstaaten, immerhin 2/3 aller Länder der Welt die Konsequenz aus diesem Urteil und aus unseren humanitären Argumenten gezogen und einen Vertrag zur internationalen Ächtung von Atomwaffen beschlossen. Zum ersten Mal in der Geschichte des Atomzeitalters gibt es also einen völkerrechtlich bindenden Vertrag, der eindeutig klarstellt, dass Atomwaffen mit dem humanitären Völkerrecht nicht vereinbar sind und daher so schnell wie möglich verboten, geächtet und abgeschafft werden müssen. Dieser Meilenstein in der atomaren Abrüstung wäre

nicht möglich gewesen ohne das Engagement der internationalen Zivilgesellschaft und der jahrzehntelangen Vorarbeit der Anti-Atom- und der Friedensbewegungen. Also von euch allen hier.

Die Bundesregierung hat sich – entgegen dem Willen der absoluten Mehrheit der Bevölkerung – dazu entschlossen, die Ächtung von Atomwaffen zu blockieren. Deutschland steht international auf Seiten der Atomwaffenstaaten und hat sämtliche Verhandlungen bislang boykottiert. Es wird Zeit, dass sich das ändert.

Die Welt braucht ein Deutschland, das sich seiner historischen Rolle und seiner Verantwortung in der Welt bewusst ist und sich gerade deshalb für Deeskalation, für Entspannungspolitik, für atomare Abrüstung und für Frieden einsetzt.

Es ist Wahljahr. Es sind diese Forderungen, mit denen wir die KandidatInnen für unser Parlament immer wieder konfrontieren müssen:

- Eine neue, ernsthafte Entspannungspolitik der NATO gegenüber Russland
- Eine konstruktive, diplomatische, vermittelnde Rolle im Ukraine Konflikt, statt eine reine Interessensvertretung der Regierung in Kiew
- Eine Rückkehr zu den Grundpfeilern einer gemeinsamen europäischen Sicherheitspolitik – mit und nicht gegen Russland
- Eine Absage an weitere Eskalationsschritte wie die Verlegung von Truppen an die NATO-Ostgrenze oder den Ausbau eines Raketenabwehrschirms in Osteuropa
- Eine sofortige Beendigung deutscher Waffenlieferungen und aller, nicht durch eindeutige UN-Mandate begründeten Auslandseinsätze der Bundeswehr
- Ein Abzug der US-amerikanischen Atomwaffen aus Deutschland
- Eine Unterzeichnung des Atomwaffenverbotsvertrags und eine aktive Beteiligung an dessen Umsetzung auf dem Weg zu einer atomwaffenfreien Welt

Lasst uns mit dieser Demonstration heute ein Zeichen setzen, dass die Menschen in diesem Land ein Weiter-So nicht akzeptieren werden.

Wir brauchen eine neue Entspannungspolitik in Europa – und wir brauchen sie jetzt.

Vielen Dank.

Linksammlung

Zum Anti-Kriegstag am 1. September 2017 vor dem Brandenburger Tor, hatte die Initiative „Entspannungspolitik JETZT!“ gemeinsam mit den Regionalorganisationen von DGB, ver.di, IG Metall und GEW, der IPPNW-Deutschland, ICAN sowie den NaturFreunden Deutschlands eingeladen.

Die Auftaktrede hielt **Frank Bsirske** (⇒ S.9)

(Ver.di-Vorsitzender und Mitinitiator von Entspannungspolitik JETZT!)

⇒ www.youtube.com/watch?time_continue=4&v=5FOJqNhVRB0

⇒ <http://neue-entspannungspolitik.berlin/2017-09-01-rede-frank-bsirske-zum-antikriegstag-am-brandenburger-tor>

Auf Frank Bsirske folgte die aus Polen angereiste jüdische Künstlerin **Bente Kahan**. Sie erinnerte mit ihrem musikalischen Vortrag („unser Städtchen brennt“ und „Brief an meinen Sohn“) an die Grauen von Krieg und Faschismus – als Mahnung an uns alle.

Für die evangelischen Kirche sprach **Ulrike Trautwein** (⇒ S.14)

(Generalsuperintendentin der Evangelischen Kirche Berlin-Brandenburg/schlesische Oberlausitz)

⇒ www.youtube.com/watch?v=FINPMwRo5F8

⇒ <http://neue-entspannungspolitik.berlin/2017-09-01-rede-ulrike-trautwein-zum-antikriegstag-am-brandenburger-tor>

Für die Berliner Friedenskoordination sprach **Laura von Wimmersperg** (⇒ S.16)

⇒ <https://youtu.be/mqoXAv7Ns0o>

⇒ www.frikoberlin.de/texte/20170901_2.pdf

Für die NaturFreunde Deutschlands sprach ihr Bundesvorsitzender **Michael Müller** (⇒ S.20)

⇒ www.youtube.com/watch?v=fGqjQowjVaE

⇒ <http://neue-entspannungspolitik.berlin/2017-09-01-rede-michael-mueller-zum-antikriegstag-am-brandenburger-tor>

Für die internationale Vereinigung Ärzte für die Verhütung des Atomkrieges e.V. (IPPNW) sprach der Vorsitzender der deutschen Sektion **Alex Rosen** (⇒ S.22)

⇒ www.youtube.com/watch?v=FeszJ1bopGM

⇒ www.friedenskooperative.de/antikriegstag2017/reden/alex-rosen-berlin

Zum Abschluss der Kundgebung zum Antikriegstag 2017 sang **Bente Kahan** das Lied „Donna, donna“, das 1942 im Warschauer Ghetto auf Jiddisch geschrieben gesungen wurde in englischer und jiddischer Sprache.

Der von Bente Kahan in Englischer Übersetzung gesungene Brief von Ilse Weber an ihren Sohn:

⇒ <https://www.youtube.com/watch?v=b3KOOozeUFk>

Bente-Kahan-Stiftung (in deutscher Sprache):

⇒ <http://fbk.org.pl/new/de/>

Einige Links zu Aufrufen und Veranstaltungen zum Antikriegstag 2017

DGB Deutscher Gewerkschaftsbund

Deutschland und Europa müssen „friedenspolitisch Verantwortung übernehmen“, heißt es im diesjährigen Aufruf des DGB zum Antikriegstag. Die „Verteidigungsausgaben massiv zu erhöhen“, sei der falsche Weg.

⇒ <http://www.dgb.de/themen/++co++4b2475ea-6226-11e7-9e0d-525400e5a74a>
(veröffentlicht am 6. Juli 2017)

Reiner Hoffmann, DGB-Vorsitzender sprach am 1. September 2017 bei der Veranstaltung von DGB, Deutschem Kulturrat und Deutschem Theater zum 60. Antikriegstag im Deutschen Theater Berlin ein Grußwort:

⇒ <http://www.dgb.de/themen/++co++e3c0ca88-8f12-11e7-831c-525400e5a74a>

⇒ <https://www.friedenskooperative.de/antikriegstag2017/reden/reiner-hoffmann-berlin>

ICAN Österreich, Schweiz und Deutschland



Am 1. September 1939 überfällt Deutschland Polen und entfacht damit den Zweiten Weltkrieg. Gemeinsam mit der Initiative Neue Entspannungspolitik JETZI, den NaturFreunden, der Friedensorganisationen IPPNW sowie den Gewerkschaften ver.di Berlin/Brandenburg, IG-Metall Berlin-Brandenburg-Sachsen und GEWBerlin lädt ICAN ein, an der Kundgebung in Erinnerung an den Beginn des 2. Weltkrieges teilzunehmen.

Die Kundgebung am Antikriegstag soll am 1. September zwischen 16:00 – 18:00 Uhr vor dem Brandenburger Tor stattfinden. Wir schließen uns den Worten des DGB-Vorsitzenden und Mitbegründers der Initiative, Reiner Hoffmann, an. Er sagt: „Nur durch eine neue Entspannungspolitik mit Russland und den anderen internationalen Akteuren kann das Bomben und Töten und die weitere Konfrontation gestoppt werden.“

Die ausführliche Einladung finden Sie hier:

⇒ www.icanw.de/wp-content/uploads/2017/08/Meldung-IG-Metall-Berlin.pdf

(veröffentlicht am 24. August 2017)

⇒ www.icanw.de/neuigkeiten/kundgebung-am-ersten-september/

NaturFreunde

⇒ www.naturfreunde-berlin.de/antikriegstag-2017-spirale-gewalt-beendenden-neue-friedens-entspannungspolitik

IPPNW Deutschland

⇒ www.ippnw.de/startseite/artikel/de/fuer-eine-neue-friedens-und-entspan-1.html

IG Metall Berlin-Brandenburg-Sachsen

Antikriegstag 2017: Eine neue Entspannungspolitik soll her

Am 1. September vor 78 Jahren überfällt Deutschland Polen und entfacht damit den Zweiten Weltkrieg. Die Initiative Neue Entspannungspolitik JETZT! lädt daher gemeinsam mit den NaturFreunden, den Friedensorganisationen IPPNW und ICAN sowie den Gewerkschaften ver.di Berlin/Brandenburg, IG-Metall Berlin-Brandenburg-Sachsen und GEW-Berlin zur Kundgebung, um an den Beginn des 2. Weltkrieges zu erinnern.

Die Veranstalter stimmen mit dem DGB-Vorsitzenden und Mitbegründer der Initiative, Reiner Hoffmann, überein. Er sagt: „Nur durch eine neue Entspannungspolitik mit Russland und den anderen internationalen Akteuren kann das Bomben und Töten und die weitere Konfrontation gestoppt werden.“ Die Hauptbotschaft der Veranstaltung ist die Forderung nach einer neuen Entspannungspolitik JETZT!

Die Kundgebung am Antikriegstag soll am 1. September zwischen 16:00 – 18:00 Uhr vor dem Brandenburger Tor stattfinden.

Frank Bsirske (Ver.di-Vorsitzender und Mitinitiator von Entspannungspolitik JETZT!), Ulrike Trautwein (Generalsuperintendentin des Sprengels Berlin der Evangelischen Kirche Berlin-Brandenburg/schlesische Oberlausitz), Laura von Wimmersperg (Kordinatorin der Berliner Friedenskoordination), Michael Müller (Vorsitzender der NaturFreunde Deutschlands) sowie Alex Rosen (Vorsitzender der IPPNW Deutschland) werden sprechen. Bente Kahan, norwegische jüdische Künstlerin und Sängerin aus Wroclaw/Breslau begleitet die Veranstaltung künstlerisch.

Mit ihren Reden und künstlerischen Beiträgen wollen sie die unzähligen Opfer von Krieg und Faschismus würdigen und gemeinsam für die Zusammenarbeit über alle Partei- und Landesgrenzen eintreten. Der Horror von Krieg, Hass und Vergeltung soll in Europa nie wieder passieren.

⇒ <http://www.igmetall-berlin.de/aktuelles/meldung/eine-neue-entspannungspolitik-soll-her/>

Aufruf DGB Berlin-Brandenburg:

⇒ <http://berlin-brandenburg.dgb.de/themen/+co++0db16582-88a6-11e7-bb55-525400e5a74a>

Zur Geschichte des Antikriegstags am 1. September

Der Jahrestag des Überfalls der deutschen Wehrmacht auf Polen und damit des Beginns des Zweiten Weltkriegs wurde in Deutschland 1957 zum ersten Mal als Antikriegstag begangen. Verdi hat unter folgendem Link die Entwicklung des Gedenktages anhand zahlreicher Dokumente nachgezeichnet.

⇒ www.verdi.de/ueber-uns/idee-tradition/jahrestage-gedenktage/+co++d136bb0e-b559-11e1-7184-0019b9e321e1

Der DGB veröffentlichte aus Anlass des 60. Antikriegstages eine Dokumentation „Plakate und Dokumente von DGB und Gewerkschaften zum Antikriegstag“ unter folgendem Link:

⇒ www.dgb.de/themen/+co++6536e646-24a4-11e5-bd9f-52540023ef1a

Über die Initiative „Neue Entspannungspolitik JETZT“!

In den letzten Jahren hat sich das Verhältnis zwischen dem Westen und der russischen Föderation dramatisch verschlechtert. Das gegenseitige Vertrauen ist zerstört. Das Denken in Feindbildern und Nullsummenlogik nimmt wieder zu. Notwendig ist jetzt die Suche nach Wegen aus dieser Sackgasse.

Vor diesem Hintergrund wollen wir von den Erfahrungen mit der Entspannungspolitik der 60er bis 80er Jahre lernen: Entspannungspolitik ist keine Sympathieerklärung. Sie muss mit Gegnern, nicht mit Freunden betrieben werden. Es geht darum, durch Entspannung die Kontrahenten und ihr Denken und Handeln zu verstehen, Gewalt zu verhindern und beiderseits akzeptable Lösungen zu finden, egal ob der Gegner Breschnew oder Putin heißt.

Im Herbst 2016 formulierte unsere Initiative den Aufruf zur Gründung einer Website. Durch die unerwartet große Unterstützung aus der Zivilgesellschaft beiderseits des Atlantik wurde daraus mit zahlreichen Unterzeichnerinnen aus den USA und Europa zunächst ein transatlantischer Appell „Die Spirale der Gewalt beenden – für eine neue Friedens- und Entspannungspolitik JETZT!“, für den wir – in deutscher, englischer und nunmehr auch in russischer Sprache – weitere Unterstützer sammeln.

Mit dem Aufbau unserer Info-Homepage unter [⇒ www.neue-entspannungspolitik.berlin](http://www.neue-entspannungspolitik.berlin) wollen wir zur Debatte über einen neuen Ansatz in der Friedens- und Entspannungspolitik beitragen und Information über Initiativen, Artikel und Stellungnahmen zu den Themenbereichen Entspannungspolitik / Rüstung und Rüstungskontrolle / Krisen und Konflikte / UNO und OSZE / Aktuelles, Historisches bereitstellen. Darüber hinaus werden wir auf aktuelle Stellungnahmen, Artikel oder Termine aus dem Kreis unserer Unterstützer/innen und der Berater/innen hinweisen.

In der Initiative wirken friedenspolitisch besorgte Bürgerinnen und Bürger aus der Zivilgesellschaft, aus den Kirchen, aus Politik, Wirtschaft und den Gewerkschaften aus mehreren Ländern zusammen. Die Initiative ist an keine Partei oder politische Richtung gebunden. Was uns deutschlandweit und international eint, ist der Willen, an einer friedlichen Weltordnung zu arbeiten.

Für die Redaktion der Initiative „neue Friedens- und Entspannungspolitik JETZT“:

- Dr. Wolfgang Biermann (Politologe)
- Prof. Dr. Peter Brandt (Historiker und Publizist)
- Dr. Xanthe Hall (IPPNW Deutschland)
- Dr. Ute Finckh-Krämer (MdB / Mitglied des Auswärtigen Ausschusses und des Unterausschuss Abrüstung, Rüstungskontrolle und Nichtverbreitung)
- Barbara Jentzsch (Journalistin, Kontakt für die Initiative in USA)
- Wiltrud Rösch-Metzler (freie Journalistin / Bundesvorsitzende der katholischen Friedensbewegung pax christi)
- Michael Müller (Vorsitzender der NaturFreunde, Deutschland)
- Dr. Christian Wipperfürth (Publizist)
- Burkhard Zimmermann (Mitinitiator des Berliner Appells, Kontakt für die Initiative)



Kontakt zur Initiative

»Neue Entspannungspolitik, JETZT«:

Burkhard Zimmermann: burkhard.z@t-online.de

in USA: Barbara Jentsch: zuluki@centurylink.net

**Unterstützen Sie unseren Aufruf
mit Ihrem Namen!**

www.neue-entspannungspolitik.berlin/aufruf/

... oder unsere Arbeit mit einer Spende.

Überweisen Sie auf unser Spendenkonto

»Ulrich Frey – Entspannung Jetzt«,

Volksbank Bonn-Rhein-Sieg e.G., Bad Honnef,

IBAN: DE68 3806 0186 5614 1380 19

BIC: GENODED1BRS